

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Band: 30 (2010)
Heft: 59

Artikel: Venezuela unter Dauerbeschuss
Autor: Schäppi, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652641>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Venezuela unter Dauerbeschuss

Parlamentswahlen 2010 und die Desinformationspolitik der Medien¹

Die Parlamentswahlen vom 26. September 2010 haben ohne Zweifel eine grosse Bedeutung für ganz Lateinamerika. Sie fanden in einem Umfeld statt, das gekennzeichnet ist durch die seit 2008 gestiegene militärische Aggressivität der USA gegenüber linken Regierungen in Lateinamerika, der Aktivierung der 4. US-Flotte sowie der Errichtung neuer US-Militärbasen in Kolumbien. Mehrere Destabilisierungsversuche tragen ebenso die Handschrift der USA: der Putschversuch in Bolivien 2008, der erfolgreiche Putsch in Honduras 2009, der Putschversuch in Ecuador gegen Präsident Rafael Correa im Herbst 2010. In Betracht gezogen werden muss ausserdem die massive internationale Medienkampagne gegen Präsident Hugo Chavez im Vorfeld der Wahlen. Grund für die zunehmende Aggressivität der USA seit 2008 ist die Tatsache, dass das Bündnis zwischen Venezuela, Kuba, Bolivien und Ecuador immer mehr an Einfluss in der Aussenpolitik der lateinamerikanischen Länder gewann. Umso erfreulicher ist es, dass diese Parlamentswahlen – wie die vorangegangenen Wahlen und Abstimmungen – nach Aussagen aller WahlbegleiterInnen, die aus verschiedenen politischen Lagern stammten, fair und korrekt durchgeführt werden konnten.

Die PSUV (Partido Socialista Unido de Venezuela), die Partei von Hugo Chavez, gewann die Wahlen und erhielt in der Nationalversammlung 98 der 165 Mandate. Die Koalition verschiedener oppositioneller Parteien, die Mesa de la Unidad Democrática (MUD), erhielt 65 Mandate, wobei 22 Sitze an die sozialdemokratische Acción Democrática (AD) und 43 Sitze an neun weitere Parteien gingen, darunter die Christdemokraten (Copei), und an zwei mit US-Hilfe und ausländischen Geldern neu aufgebaute Parteien, die Primera Justicia und die Partei Un Nuevo Tiempo (UNT). Die Partei Patria Para Todos (PPT), die das linke Wahlbündnis verlassen hatte, aber auch nicht in die Koalition der Opposition eingetreten war, erhielt zwei Sitze. Die PSUV gewann die Wahlen in 56 von 87 Wahldistrikten und errang in 16 von 24 Bundesstaaten die Mehrheit, in 2 Bundesstaaten gleichviele Mandate wie das Oppositionsbündnis MUD.²

Der Medienkrieg gegen Präsident Hugo Chavez

Im Vorfeld dieser Wahlen wurden auch in den Schweizer Medien etliche Fehlinformationen verbreitet. Um diese einseitige Medienberichterstattung richtig einschätzen zu können, muss man sich vor Augen halten, dass insbesondere von Seiten der USA mit verschiedenen Mitteln seit 2002 ein

nicht erklärter Krieg gegen die Regierung von Präsident Chavez geführt wird, nachdem deutlich wurde, dass dieser sich an seine Wahlversprechen hielt und sich nicht zur Marionette der USA degradieren liess. Denn Kolumbien und Venezuela mit ihrem Erdölreichtum sind neben dem Nahen und Mittleren Osten zentrale Interessensphären des US-Imperialismus. So mischten sich die USA und US-Organisationen und Medien permanent und massiv in Venezuela ein, 2002 mit dem Putschversuch, 2002/2003 mit der Erdölsabotage, und seither mit der Finanzierung sowie Schulung der Opposition und einem intensiv betriebenen Medienkrieg via *CNN*, *FOX News*, *New York Times* und *Washington Post*. Aber auch die konservativen und neoliberalen Zeitungen in Europa wie *El País* in Spanien, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Die Welt* und *Der Spiegel* in Deutschland oder die *NZZ* in der Schweiz, um nur die wichtigsten zu nennen, tragen diesen Medienkrieg mit.³

So haben die *NZZ*-Journalisten Werner Marti und Peter Gaupp in ihrer Berichterstattung zu den Parlamentswahlen in Venezuela keine Falschmeldung und Verleumdung ausgelassen, welche von der Opposition mit Hilfe der US-Nachrichtenagenturen in die Welt gesetzt worden sind. Am 20. September berichtete die *NZZ*, Chavez habe ein Wahlgesetz verabschiedet, welches die Opposition und die kleinen Parteien benachteilige. Im chavezfreundlichen Bundesstaat Amazonas gebe es ein Parlamentsmandat auf 50'000, im oppositionellen Bundesstaat Zulia hingegen eines auf 250'000 Stimmberechtigte. In der *NZZ* vom 28. September war zu lesen, die Wahlkreise seien so abgeändert worden, dass die Opposition deutlich untervertreten sei. Und in der *NZZ* vom 24. September wurde behauptet, in Venezuela gebe es Phantomwähler in grossen Mengen, was durch das elektronische Wahlverfahren ermöglicht werde.

Angesichts solcher Medienkampagnen und der zahlreichen Fehlinformationen lohnt es sich, das Wahlsystem in Venezuela etwas genauer zu betrachten.

Das Wahlsystem für die Nationalversammlung – ein Vergleich mit der Schweiz

Sogleich nach seinem Wahlsieg 1998 machte Hugo Chavez mit seinem Wahlversprechen ernst, eine neue Verfassung zu erarbeiten. Nach der Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung wurden VertreterInnen der indigenen Bevölkerung, der Frauen, von Umwelt- und Stadtteilorganisationen in die Erarbeitung der neuen Verfassung miteinbezogen und das Grundprinzip der Partizipation in der Verfassung verankert. Ende 1999 wurde sodann der neuen Verfassung, die auch die Grundsätze des Wahlsystems festschreibt, in einer Volksabstimmung mit über 70 Prozent zugestimmt. Es ist wohl eine der demokratischsten Verfassungen weltweit; kein anderer lateinamerikanischer Staat räumt dem Volk mehr direktdemo-

kratische Rechte ein (Gmür 2007). Anders als in der Schweiz haben in der Verfassung von Venezuela Menschenrechte Vorrang sogar vor Landesrecht; so gewährleistet sie beispielsweise auch die Möglichkeit, Amtsträger wie den Präsidenten oder Gouverneure nach der Hälfte der Amtszeit per Referendum abzuwählen und Gesetze ausser Kraft zu setzen (vgl. Azzelini 2008, Ringger 2008). In der Wahlrechtsreform von 2009 wurde sodann vom Volk die Aufhebung der Amtszeitbeschränkung für den Präsidenten und die Gouverneure auf zwei Wahlperioden gutgeheissen.

Die Nationalversammlung (Legislative, Einkammersystem) wird in einem gemischten Wahlverfahren gewählt. 52 Sitze, ein Drittel der 165 Mandate, werden im Proporzverfahren ermittelt, bei dem einer Partei der Wahlliste die Stimme gegeben wird (Listenmandate). 110 Sitze, zwei Drittel der Mandate, werden im Majorzverfahren vergeben, bei dem einer von den Parteien oder einer Parteikoalition vorgeschlagenen Person die Stimme gegeben wird (nominale Mandate). Für die Wahl der nominalen Mandate werden in jedem Bundesstaat Wahlkreise mit der möglichst gleichen Zahl von Stimmberechtigten gebildet; die Wahlkreise müssen, wenn sich die Anzahl der Stimmberechtigten verändert, jeweils angepasst werden. Zu den Listen- und nominalen Mandaten kommen drei Sitze hinzu, welche für die indigene Bevölkerung reserviert sind. Ausserdem hat jeder Bundesstaat einen Mindestanspruch auf drei Sitze, davon mindestens zwei Listenplätze und ein nominales Mandat.

Jeder, der das Schweizer Wahlsystem kennt, kann die Ähnlichkeiten mit demjenigen von Venezuela feststellen. Auch in der Schweiz hat ein kleiner Kanton wie Uri in der Bundesversammlung einen Mindestanspruch auf drei Mandate unabhängig von der Zahl der Wahlberechtigten. Es ist dies auch kein Zufall, da die Schweizer Demokratie und ihr Wahlsystem in verschiedener Hinsicht als Vorbild für die neue Verfassung in Venezuela diente. Bei der NZZ scheint das nicht bekannt zu sein. Auch käme es ihr natürlich nicht in den Sinn, bei Wahlen in der Schweiz etwa von Wahlmanipulationen seitens der bürgerlichen Oligarchie zu reden, während sie im Falle der Wahlen in Venezuela dies aber sehr wohl Chavez zur Last legt. Nebenbei sei erwähnt, dass im wahlprivilegierten, „chavezfreundlichen“ Amazonas nicht die PSUV die Wahlen gewonnen hat, sondern die PPT ihre zwei Mandate gemacht hat.

Detaillierte Wahlergebnisse

Bei der Wahl der 52 Listenmandate lässt sich die Anzahl der Parteistimmen ermitteln. So stimmten 5.45 Mio (48 Prozent) der WählerInnen für die PSUV, 5.33 Mio (47 Prozent) für die im MUD zusammengeschlossenen oppositionellen Parteien, 350'000 (3 Prozent) für die PPT und etwa 170'000 für andere kleinere Parteien. Dem entspricht die ziemlich genau hälftige Verteilung der „Listensitze“ auf die PSUV und das oppositionelle Wahl-

bündnis MUD. Anders sieht die Verteilung bei den nominalen Mandaten aus: Die PSUV erhielt 73 Sitze und die MUD 39, was zusammen mit den Listensitzen und den indigenen Mandaten 96 Sitze (ca. 60 Prozent) für die PSUV und 65 Sitze (ca. 40 Prozent) für die MUD ergibt.

Das Übergewicht der PSUV hat nichts mit der Wahlkreisgeometrie oder dem Mindestanspruch der Bundesstaaten zu tun, sondern mit der Tatsache, dass Majorzwahlen Personenwahlen sind, die – wie man auch in der Schweiz weiss – nicht genau dem Parteienproporz folgen. Davon hat auch die Opposition profitiert. Im von der Opposition regierten Bundesstaat Zulia erhielt die MUD mit 55 Prozent der Listenstimmen 10, das heisst 83 Prozent der nominalen Sitze, die PSUV mit 44 Prozent 2 nominale Mandate. Oder im Bundesstaat Anzoátegui, in dem die PSUV bei den Regionalwahlen 2008 eine Mehrheit gewonnen hatte, erhielt die PSUV noch 45 Prozent der Listenstimmen, während die MUD mit 52 Prozent alle nominalen Mandate eroberte; eine eigentliche Strafwahl gegen den Gouverneur und die KandidatInnen in diesem Bundesstaat (Rimml 2010). In einer Mehrzahl der Bundesstaaten gab es den umgekehrten Effekt, weil KandidatInnen der PSUV mehr überzeugten. Dies führte zur erwähnten Mandatsverteilung von 96 zu 65. Die PPT mit ihren etwa 3 Prozent hätte auch in der Schweiz nur wenige Mandate erhalten.

Über Majorz und Proporz lässt sich streiten – in Venezuela mit seiner grossen Zahl von Parteien trägt die stärkere Gewichtung nominaler Mandate zur Bildung klarer Mehrheitsverhältnisse bei. Wenn man aber das Wahlsystem in Venezuela kritisiert, wäre gerade aus Schweizer Sicht eine sachlichere Berichterstattung angebracht gewesen. So besitzen im Ständerat, der nach dem Majorz gewählt wird und der im Gegensatz zu Venezuela eine Sperrminorität bei Beschlüssen hat, CVP und FDP zusammen gemäss den eidgenössischen Wahlen von 2007 mit einem Parteistimmenanteil von 30 Prozent 27 der 46 Sitze, d.h. ca. 60 Prozent der Sitze und damit die absolute Mehrheit. Und auch in der Vereinigten Bundesversammlung haben CVP und FDP 15 Sitze mehr als ihrem Wähleranteil (30 Prozent) entsprechen würde, was in Venezuela für die PSUV mit 18 zusätzlichen Sitzen in etwa vergleichbarem Masse zutrifft.

Jene, die wie die NZZ Venezuela andauernd kritisieren, haben mit der parlamentarischen Übervertretung von CVP und FDP, den Parteien der Steuerhinterzieher und Abzocker, offensichtlich keine Probleme. Sie messen die vergleichbaren Wahlsysteme in der Schweiz und in Venezuela mit völlig unterschiedlichen Ellen.

Wer hat die Wahlen gewonnen?

Am treffendsten hat diese Frage wohl Eva Gollinger, eine amerikanisch-venezolanische Doppelbürgerin und Spezialistin für internationales Recht, auf den Punkt gebracht. Gemäss ihrer Einschätzung gibt es zwei Wahl-

siegerinnen: die PSUV und die Einmischung der USA (Gollinger 2010). Vom Krieg der Medien und der Einmischung der USA zugunsten der Opposition war schon die Rede. Festzuhalten ist, dass das Resultat auch eine grosse Mobilisierungsleistung der erst vor vier Jahren gegründeten PSUV ist. Erstens hat die Wirtschaftskrise Venezuela, das immer noch stark vom Erdöl abhängig ist, massiv getroffen. So haben zum Beispiel die Löhne mit der Inflation nicht Schritt gehalten. Zweitens kam es insbesondere Anfang Jahr als Folge einer ausserordentlichen Trockenheit im Zusammenhang mit dem Phänomen El Niño/ La Niña zu für die Bevölkerung und die Unternehmen folgenreichen Stromausfällen, für welche die Opposition und die internationalen Medien einmal mehr Chavez verantwortlich machten. Zudem gab es Probleme bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln u.a. als Folge von Sabotageakten. Ausserdem wurde der Wahlkampf der Opposition gezielt – und hier stellt die Rechte Venezuelas ja keine Ausnahme dar – mit den Ängsten vor Kriminalität und Unsicherheit geführt. Letzteres ist zweifellos ein Thema, das bei den Mittelklassen ankommt und das der Opposition zusätzliche Stimmen gebracht hat. Diese Probleme sind von Chavez und der PSUV lange unterschätzt worden, genauso wie die ständige Infiltration von Paramilitärs aus Kolumbien und deren Aktivitäten vorab in den Bundesstaaten Tachira, Sucre und Zulia. Erst relativ spät wurde mit dem Aufbau einer nicht korrupten nationalen Polizei begonnen, welche ihre Tätigkeit in den Städten, vorab in Caracas aufgenommen hat (Toussaint 2010).

Der Wahlerfolg der PSUV kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Wahlausgang auch ein ernsthafter Fingerzeig für die PSUV und für Chavez ist. Die Opposition hat gemäss meiner Schätzung gegenüber den Regionalwahlen von 2008 etwa 200'000 WählerInnen dazugewonnen, die PSUV ca. 300'000 Stimmen eingebüsst. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Unterschiede bei Regional- oder Parlamentswahlen immer geringer waren als bei den Präsidentenwahlen. Der Rückgang der Stimmen bei der PSUV entspricht etwa dem Stimmenanteil der PPT, welche im Alleingang zur Wahl antrat; er ist aber auch auf Stimmenthaltung unzufriedener WählerInnen der PSUV zurückzuführen, worauf der höhere Ja-Stimmenanteil bei der Abstimmung über die Wahlrechtsreform 2009 hindeutet.

Zukunftsperspektiven

Die boliviarische Bewegung baut auf drei Grundpfeilern auf: der partizipativen Demokratie und der Selbstorganisation der gesellschaftlichen Gruppierungen, der Zurückdrängung der kapitalistisch organisierten Ökonomie in den Leitsektoren sowie einem neuen Internationalismus, das heisst einer auf dem Grundsatz der Solidarität aufbauenden Aussenpolitik. Es ist deshalb für die Zukunft der boliviarischen Revolution wichtig, dass die Bestrebungen, die Wirtschaft zu diversifizieren und die Abhängigkeit von

den Erdölexporten in die USA zu lockern, gezielt weitergeführt und verstärkt werden können. Auch muss die Korruption im Staatsapparat energisch bekämpft werden muss und die Führung der PSUV ist stärker von den Funktionären im Staatsapparat zu trennen.

Vorab aber sind die partizipativen, demokratischen Strukturen zu stärken und auszubauen. Die wichtigsten Mittel sind der Ausbau der Mitbestimmungsrechte und Arbeiterkontrolle in den Betrieben sowie die Selbstverwaltung in den Gemeinden. Das Bündnis von Chavez mit den sozialen Bewegungen und den Arbeiterbelegschaften in den Betrieben gegen die neoliberale Oligarchie und auch die neu entstandene bolivariische Bourgeoisie, die „Bolibourgeoisie“, bilden die Achse, auf der die bolivariische Bewegung aufbaut und mit der sie steht und fällt (vgl. Buttke 2010a und b). Die drei von Chavez propagierten R: *revisión*, *rectificación* und *reimpulso* - Selbstkritik, Berichtigung und Erneuerung – sind wichtige Leitlinien, die in der Praxis umgesetzt werden müssen.

Denn über die Absichten der Opposition in Venezuela, welche sich auf die USA und europäische Organisationen abstützen kann, darf man sich keine Illusionen machen. Sie wird weiterhin alles daran setzen, Venezuela zu destabilisieren, auch wenn sie nun im Parlament sitzt, das sie vorher boykottiert hat. Umso wichtiger ist für die PSUV die Konsolidierung der eigenen Kräfte. Und hier liegt die Hoffnung: Tausende von begeisterten jungen Frauen und Männern, die für ein gerechtes und die imperialistische Ausplünderung überwindendes, souveränes Venezuela kämpfen. Sie verdienen die Solidarität der Linken in Europa.

Anmerkungen

- 1 Eingeladen vom Consejo Nacional Electoral (CNE), der demokratisch gewählten Wahlbehörde in Venezuela, hatte der Autor zusammen mit VertreterInnen aus der Schweiz und anderen Ländern die Gelegenheit, die Parlamentswahlen in Venezuela vom 26. September vor Ort zu begleiten.
- 2 Die detaillierten Wahlergebnisse können auf der Homepage der venezolanischen Wahlkommission eingesehen werden: <http://www.cne.gob.ve>
- 3 Konkret beschrieben wird der Medienkrieg im Kapitel „Das Zeitalter der Desinformation“ in Tariq Ali (2008).

Literatur

- Ali, Tariq, 2008: Piraten der Karibik. Die Achse der Hoffnung. München
- Azzellini, Dario, 2008: Soziale Bewegungen, politische Macht und Transformation in Venezuela. In: Denknetz-Jahrbuch, Zürich
- Azzellini, Dario, 2010: Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune. Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela. Hamburg
- Boron, Atilio, 2010: Den Sozialismus neu denken. Gibt es ein Leben nach dem Neoliberalismus? Hamburg

- Buttkereit, Helge, 2010a: Utopische Realpolitik. Die neue Linke in Lateinamerika. Bonn
- Buttkereit, Helge, 2010b: Hugo Chávez und die Bolibourgeoise. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 11, Berlin
- Gmür, Heidi, 2007: Der Berater von Hugo Chávez. Professor Thomas Fleiner gibt Venezuela Nachhilfe in direkter Demokratie. NZZ am Sonntag, 19. August, Zürich
- Gollinger, Eva, 2010: El triunfo de la injerencia en las elecciones. Auf: www.medelu.org
- Lebowitz, Michael A., 2006: Build It Now. Socialism for the Twenty-First Century. New York
- Rimml, Barbara, 2010: Strafwahl in Anzoátegui. In: Correos de las Américas, Nr. 164, Zürich
- Ringger, Beat, 2008: Chávismo und partizipatorische Demokratie in Venezuela. In: Widerspruch Heft 55, Zürich
- Süter, Walter, 2008: Wie die Linke in Europa den bolivariischen Prozess wahrnimmt. In: Denknetz-Jahrbuch 2008, Zürich
- Toussaint, Eric, 2010: Changements en cours au Venezuela. Auf: www.inprecor.fr



**Wer verändert die Welt,
wenn nicht die betroffenen
Menschen?**

**Für die Solidarität
mit sozialen Befreiungskämpfen:**

SOLIFONDS

Quellenstr. 25, 8031 Zürich
Tel. 044 272 60 37,
mail@solifonds.ch, www.solifonds.ch,
PC 80-7761-7